

Merseburger Correspondent.

Erscheint:
Sonntag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag
und Sonnabend früh 7 1/2 Uhr.
Expedition: große Ritterstraße Nr. 28.

Wöchentliche Beilage:
Illustrirtes Sonntagsblatt.

Abonnementspreis:
pro Quartal: 1 Mark bei Abholung. — 1 Mark
20 Pfg. durch den Fernträger. — 1 Mark
25 Pfg. durch die Post.

N. 129.

Mittwoch den 4. Juli.

1883.

Für das laufende Quartal werden Abonnements auf den „Merseburger Correspondent“ zum Preise von 120 resp. 125 Pf. von allen Postanstalten, Behörden, sowie in der Expedition entsegen genommen. **Interate Kunden bei der großen Auflage des Blattes die zweckentsprechendste Verbreitung.**

Die Ablehnung der Kanalvorlage

Das preussische Herrenhaus hat es zu Stande gebracht, daß man wieder so viel von ihm spricht, wie seit lange nicht. Es hat in letzter Zeit in so vielen Stücken seine Gefügigkeit bezeugen müssen, daß neulich, als das hohe Haus wieder einmal Schwarz sagen mußte, wo es ein paar Wochen vorher Weiß gesagt, Graf Lippe meinte, welche habe an seinem Ansehen schon so viel eingebüßt, daß ihm zu verlieren nicht mehr viel übrig bleibt. Auf einmal scheint es sich dafür durch Opposition bei der Kanalvorlage entschädigen, wobei die Macht zeigen zu wollen, die es in die Wagtschale der Entschliefungen zu werfen im Stande ist.

Es wird nun wohl gemeint, die Regierung habe im Herrenhause eine Niederlage erlitten. Wir möchten es aber doch nicht so bestimmt hinhellen, daß sie sich diese Niederlage sehr zu Herzen nehmen wird oder daß sie dem Herrenhause das Wort vom 29. Juni besonders nachzutragen geneigt wäre. Wohl war die Vorlage aus dem Ministerium hervorgegangen, und wohl ist sie von Vertretern der Regierung verteidigt worden. Aber wenn diese auf dieselbe überaus großes, entscheidendes Gewicht legte, so hätten ihr außer den gewöhnlichen Mitteln noch stärkere zu Gebote gestanden. Wohl that Herr v. Boetticher, was er konnte; Herr v. Boetticher ist aber nicht der Mann, gerade das Herrenhaus umzustimmen. Wenn Fürst Bismarck wegen seiner Krankheit nicht, wie früher bei entscheidenden Verhandlungen thäten und auch Herr Maybach seine Kur nicht unterbrechen konnte, so hätte eine von Herrn v. Bismarck als Vizepräsidenten des Staatsministeriums in dessen Namen abgegebene Erklärung der Regierung mindestens so viele loyal stimmende Paarsgemüther als nötig waren, wenn auch ihr Klein in Ja umzuwandeln. Wenn anderer Vertreter der Regierung drohte, mit Ablehnung dieser Vorlage würde die Regierung sämtliche Kanalprojecte fallen lassen, so ist keine Drohung, welche Herrn Stumm und seinem seiner Freunde schrecklich klingt. Bei anderen Gesetzen, welche der Regierung am Herzen liegen, pflegt sie zu erklären, sie werde mit der entsprechenden Vorlage immer wiederkehren, bis sie dieselbe durchgesetzt. Man wird die Stellung der Regierung zu der Kanalfrage auch nicht allein aus den Erklärungen des Herrn v. Boetticher oder des Ministerialdirectors Schulz beurtheilen können, sondern den Verlauf der Angelegenheit einer Reihe von Jahren im Auge behalten müssen. Den Forderungen nach Ausbau eines zusammenhängenden Kanalnetzes wurden nicht immer allgemein gebaltene Versprechungen entgegengesetzt, und schließlich, als man sich daran machte, mehr genügen lassen wollte, kamen dann das Ministerium ausgearbeitete „Denkschriften“ der Reihe. Als auch diese nicht mehr beizubringen, wurde der jetzt abgelehnte Gegengewurf

vorgelegt, der von den in den „Denkschriften“ behandelten Projecten nur ein Stück herausgriff. Minister v. Boetticher hielt es für nötig zu erklären, daß unter den Mitgliedern des Ministeriums in Bezug auf die Vorlage kein Zwiespalt herrsche. Daß sehr große Meinungsverschiedenheiten über die gesammte Kanalfrage geherrscht haben, ist sammt Details in politischen Kreisen zu bekant, als daß jene Erklärung hätte Eindruck machen können. Ein Anschlag der entgegenstehenden Ansichten dürfte nur auf das eine Stück Dortmund- untere Ems erzielt sein, dessen Ausbau die Vorlage verlangte. Für dieses Stück interessirten sich nämlich aus politischen Gründen auch solche maßgebenden Persönlichkeiten, welche dem Ausbau eines großen Kanalsystems durchaus nicht freundlich gegenüberstehen. Diese Kanalstrecke hätte sich nämlich als Kampf- und Preisionsmittel geeignet, um auf die Entschliefungen einerseits Hollands, andererseits Bremens einzuwirken. Der weitere Ausbau des Kanalnetzes nach Osten, nach Weser und Elbe zu, hätte nach wie vor unbestehbaren Widerstand innerhalb des Ministeriums gefunden, welche Route Herr Maybach dabei auch hätte vorschlagen mögen. Darum fonnien sich die Vertreter der Regierung im Landtag bezüglich des weiteren Ausbaus nur in ganz unbestimmten und unverbindlichen Versprechungen ergeben und mußten jede concrete Verpflichtung ablehnen. Sie fügten sich dabei auf den angeblichen Mangel technischer Vorarbeiten; aber sie werden dazu wohl noch andere Gründe gehabt haben.

Wenn Herr v. Boetticher die Vorlage als Theil der neuen Wirtschaftspolitik empfahl, so ist diese Bezeichnung völlig unzutreffend. Wir dürfen nur daran erinnern, daß der Ausbau eines umfassenden Kanalnetzes nicht nur von den jetzigen Freunden, sondern fast mehr noch von den Gegnern der neuen Wirtschaftspolitik schon lange vorher auf das Eifrigste gefordert und gefördert wurde, ehe man an die Einführung dieser Wirtschaftspolitik dachte. An der Spitze des Vereins für Hebung der Kanal- und Flussschiffahrt, welcher sich diese Förderung seit langen Jahren zur Aufgabe gestellt hat, steht bekanntlich Herr Georg v. Bunsen. Dieser Verein richtete z. B. gleich nach dem Kriege von 1870 die eingehend begründete Bitte an die Regierung, einen Theil der französischen Milliarden zum Ausbau des deutschen Kanalnetzes zu verwenden. Und nach Einführung des Zolltarifs von 1879 sagte der Hauptführer der schlesischen Schutzöllner einmal zu Herrn v. Bunsen: „Wenn die Regierung damals schon ihre Bitte um Ausbau des Kanalnetzes erfüllt hätte, so hätte die Industrie jetzt nicht die Schutzöllle gebraucht.“

Wenn man die Liste der 70 Herrenhausmitglieder betrachtet, welche die Kanalvorlage abgelehnt haben, so findet man, daß es lauter Freunde der neuen Wirtschaftspolitik sind. Und das ist auch kein Wunder. Ist doch durch die Schutzöllpolitik der Geist der Sonderinteressen wachgerufen worden und findet auch von oben herab fortgesetzt Pflege. Die große Mehrzahl jener 70 sind Großgrundbesitzer aus den östlichen Provinzen. Dieselben hätten nicht den mindesten directen Nutzen von den Kanälen im Westen,

wohl aber müßten sie zu den großen Bau- und Unterhaltungskosten ebenso beitragen, wie die Kohlengrubenbesitzer Rheinlands-Weftalens, welche den Hauptvortheil davon hätten. Also war das ablehnende Votum der altpreussischen Tories, wie das des Herrn Stumm (der ja schon seinen Kanal hat), so bedauerlich es auch sein mag, nur eine Consequenz des Grundgedankens der neuen Wirtschaftspolitik.

Politische Uebersicht

Die „Germania“ schreibt in ihrer neuesten Nummer über die Frage des Schulzwangs in dem Tone, welcher sich für die Partei ziemt, von der gegenwärtig die Regierung regiert wird. Sie belehrt die Welt, daß es falsch sei, Herrn Windthorst vorzuwerfen, er bekämpfe den staatlichen „Schulzwang“, wenn er das staatliche „Schulmonopol“ zu bekämpfen erkläre. Es wird wohl den meisten Menschen bekant sein, daß diese Worte unter Umständen verschiedene Dinge bedeuten können; wir — und viele Andere — so bemerkt die A. Ztg., gestatten uns aber die Annahme, daß Herr Windthorst und seine Freunde, wenn sie das „Schulmonopol“ bekämpfen, den „staatlichen Schulzwang“, wie er in Preußen besteht, meinen. Doch das nur nebenbei. Die „Germ.“ führt u. A. aus, es fehle gegenwärtig in den preussischen Schulen „jede Bürgerschaft auch nur für die Correctheit des Vortrags der katholischen Glaubens- und Sittenlehre“ und schließt wie folgt: „Das dulden wir nicht länger, und da man unsere Proteste und Bitten nicht achtet, richten wir jetzt unseren Kampf direct gegen das unchristliche Schulmonopol des Staats, das durchaus nicht nötig, sondern vielmehr schädlich ist für den auch von uns gewollten Zweck, daß jedes Kind etwas Nützliches lernen soll!“ — „Das dulden wir nicht länger.“ So muß es kommen!

Wie die Wahlen der Landgemeinden in Böhmen, haben auch die am Sonnabend vollzogenen böhmischen Städtewahlen, so weit bis jetzt bekant, das Verhältnis zwischen den gegeneinander ringenden Nationalitäten nicht verschoben, nur in der Prager Josephstadt haben die Tschechen zwei Sitze erobert, so daß jetzt Prag nur noch von Tschechen vertreten ist. Nach der Josephstadt, welche namentlich auch die Judenstadt in sich schließt, hatten die Tschechen den Schwerpunkt ihrer Agitation gelegt, die deutschen Kandidaten Dr. Wiener und Dr. Tebesco unterlagen mit 100 und 98 Stimmen gegen die tschechischen Kandidaten Dr. Jalub und Bräuer Reiter, welche 104 und 103 Stimmen erhielten. Von 211 Wahlberechtigten theilnahmen sich 203 an der Wahl. Seit 1861, wo Bankier Kámel als tschechischer Kandidat gewählt wurde, ist dies der erste Fall, daß die Josephstadt tschechisch wählte. In den übrigen Prager Stadtbezirken brachten es die Deutschen zu erheblichen Minderheiten, die zeigen, daß dieselben an Thätigkeit diesmal es nicht haben fehlen lassen. Diese Niederlage der Deutschen wird hauptsächlich auf die massenhaften Wahlenthaltungen der tschechischerseits terrorisirten Beamten zurückgeführt. Die politischen Beamten wählten fast sämmtlich, die Justiz- und anderen

Beamten enthielten sich größtentheils der Wahl. Das Gewicht des Regierungseinflusses machte sich allenthalben gegen die Deutschen geltend. — Als Kuriosum mag noch angeführt werden, daß die tschechischen Studentenvereine Prags dem Hofrath Maajan, Rektor der Wiener Hochschule, eine Beglückwünschungsadresse zu seinem jüngsten Auftreten in tschechischer und französischer Sprache überreicht haben. Die Wahlen des Großgrundbesizes, welche noch ausstehen, werden tschechisch-feudal ausfallen.

Wie die „Daily News“ wissen will, hat das Auswärtige Amt in London eine eingehende Untersuchung über den Ausbruch der Cholera in Aegypten angeordnet, da man gegenwärtig überzeugt sei, daß die Krankheit nicht durch Ansteckung aus Indien gekommen ist. Der Hauptbeerd der Krankheit ist Damiette, welches in Folge des vorjährigen Krieges einer der ungesundesten Plätze des Landes geworden. Man warf während der kriegerischen Wirren hunderte von Thierkadavern in den Nil und die Seen und verscharrte die menschlichen Leichen ohnergand welche Umbüllung nur wenige Zoll tief unter dem Sande. Die Mehrzahl der ägyptischen Städte ist aus gleichem Grunde für den Ausbruch epidemischer Krankheiten ganz besonders geeignet, doch hatten die Behörden trotz der eindringlichsten Warnungen bis zum Bekanntwerden der Cholerafälle in Damiette nicht die geringsten Vorkehrungsmagregeln getroffen. Die Verbreitung der Epidemie in Port Said wird gleichfalls der Sorglosigkeit und Fahrlässigkeit der dortigen Regierungsvertreter zugeschrieben, welche durchaus keine Vorkehrungen zur Isolirung der Choleraerkranken getroffen hatten. Es ist schwierig, genaue Statistiken über die Cholera-Sterblichkeit zu erlangen, da die Gesundheitsberichte zuweilen 24, zuweilen nur 12 Stunden umfassen. Die Krankheit hat sich bis jetzt nur unter den niederen Klassen gezeigt.

Deutschland.

— (Der Reichskanzler Fürst Bis marck) hat einen Tag früher als er anfangs beabsichtigt hatte Berlin verlassen und sich am Montag Nachmittags 3 1/2 Uhr mit dem Courierzug der Hamburger Bahn zunächst nach Friedrichsruhe begeben, von wo er voraussichtlich die Fahrt nach Kissingen antreten wird. Der Fürst geht gewissermaßen mit dem Landtage, der an demselben Tage seine Sitzungen geschlossen hat, in die Ferien, und wird sich einstweilen von allen nicht schleunigen Sachen vollständig fern halten. Wer den Reichskanzler bei seiner Abreise gesehen, wird ihn seit dem letzten halben Jahre wiederum recht verändert gefunden haben. Der weiße Vollbart ist wieder verschwunden und nur der martialische Schnurrbart geblieben; auf den Gesichtszügen sind noch die Spuren der Gelbfucht wahrnehmbar. Fürst Bis marck trat der tropfischen Hitze wegen mit entblößtem Haupte auf den Perron, den großen Kalabreser hielt er in der Hand. In der Begleitung des Fürsten befand sich dessen Gemahlin und der Münchener Arzt Dr. Schwenninger, zu welchem der Kanzler großes Vertrauen hat. Sein Schwiegersohn, Graf Ranzau, gab den Abschiedsden das Geleite an die Bahn.

— (Der national liberale Verein für das Königreich Sachsen) hielt am Sonntag in Leipzig seine Generalversammlung ab, wobei der Ehrenpräsident des Vereins, Herr Reichstagsabgeordneter Dr. Stephani über die Ergebnisse der letzten Reichstagsession referirte.

— (Zum Handelsvertrag mit Spanien.) Als glaubwürdig wird heute berichtet, daß der spanische Handelsvertrag nun auf dem Punkte sei, abgeschlossen zu werden. Nur in Bezug auf wenige Nebenfragen bestanden noch Differenzen, deren Ausgleichung ohne Schwierigkeit zu bewirken sein werde. Unter solchen Umständen würde also die Kampfsoll-Verordnung überflüssig werden.

Parlamentarische Nachrichten.

Herrenhaus. (Sitzung am 2. Juli.) Präsident Herzog v. Ratibor eröffnet die Sitzung um 9 1/2 Uhr. Am Ministerische Kultus-Mi-

nister v. Gopler und Justiz-Minister Dr. Friedberg. — Um 1 Uhr findet eine kombinirte Sitzung beider Häuser des Landtages zur Entgegennahme einer Allerhöchsten Botschaft statt. — Das Haus tritt in die Beratung der kirchenpolitischen Vorlage ein. Referent Abams befürwortet den Antrag der Commission, die Vorlage unverändert nach den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses anzunehmen. Graf v. Brühl begrüßt die Vorlage mit Freuden, die ein wesentlicher Schritt auf dem Wege zum kirchlichen Frieden sei. Prof. Dr. Bessler: Die Vorlage ist ein Aufgeben von Staatsrechten, ohne jedes Entgegenkommen der Kirche. Je mehr der Staat zugiebt, desto größer werden die Forderungen der Curie. Redner wird gegen dieses traurige Gesetz stimmen. Freiherr v. Mirbach: Die gemäßigten Elemente des Centrums müssen für die wirtschaftlichen Reformen gewonnen werden, darum stimme ich für das Gesetz. Professor Dr. Dove: Wer immer nur an die wirtschaftlichen Reformen denkt, tanzt auch um das goldene Kalb. Schon heute fordert das Centrum die Beseitigung des Schulzwanges und die Wiedereinführung der katholischen Abtheilung in das Kultusministerium; diese Forderungen würden sich noch weiter steigern, wenn wir dieses Gesetz nicht ablehnten. Minister v. Gopler: Wir erstreben in dem Gesetze nur das, was in anderen Staaten längst geltendes Recht und auf ähnlichem Wege, wie jetzt bei uns, erreicht worden ist. — Die einzelnen Artikel werden hierauf angenommen, ebenso das ganze Gesetz in namentlicher Abstimmung mit 64 gegen 16 Stimmen. Hierauf giebt der Präsident die am Sessionschluß übliche Geschäftsübersicht, worauf ihm von Herrn v. Schuhmann der Dank des Hauses für seine Geschäftsführung votirt wird. Schluß der Sitzung um 12 1/2 Uhr.

Combinirte Plenar-Sitzung beider Häuser des Landtages.

(Sitzung vom 2. Juli.) Präsident des Herrenhauses, Herzog v. Ratibor, eröffnet um 1 Uhr 5 Minuten die Sitzung und führt in derselben aus Grund eines mit dem Präsidium des Abgeordnetenhauses getroffenen Abkommens den Vorsitz. Am Ministerische v. Ruttkammer, Dr. Friedberg, v. Bötticher, v. Gopler, Bronsart v. Schellendorff, Vice-Präsident des Staatsministeriums v. Ruttkammer verliest hierauf die Allerhöchste Cabinetsordre, welche ihn beauftragt, die Session des Landtages zu schließen und erklärt demnach in Auftrage Sr. Majestät die gegenwärtige Session des Landtages für geschlossen. Der Präsident bringt ein dreimaliges Hoch auf Sr. Majestät und schließt hierauf die Sitzung um 1 Uhr 8 Minuten.

Siebenter Landtag der Provinz Sachsen.

Montag, 1. Juli.
Der Landesdirector Herr v. Winkingerode macht zunächst Mittheilungen über die Beteiligung der Provinz Sachsen an der silbernen Hochzeitfeier Ihrer königlichen Hoheiten des Kronprinzen und der Kronprinzessin von Preußen. Die unter Mitwirkung von Künstlern angefertigte Adresse wurde von den königlichen Hoheiten mit speziellem Wohlwollen entgegengenommen. Im Wege der freien Sammlung waren in der Provinz 73 334 Mk. 32 Pf. zusammengekommen, von denen 366 Mk. 59 Pf. an Kosten in Abzug zu bringen sind. Die Summe wurde durch Vertreter des Comitès in Berlin überreicht; die dabei von Sr. königlichen Hoheit gesprochenen Dankworte gelangen zur Vorlesung. Am 19. April fand im kronprinzlichen Palais eine nochmalige Zusammenkunft der Deputirten statt; hier wurde nach den Intentionen Sr. königlichen Hoheit beschlossen, von der Gesamtsomme der Sammlungen in der Monarchie (820 000 Mk.) circa 380 000 Mk. für den Verein für häusliche Gesundheitspflege, für Gründung des Victoriahauses, sowie einer Ackerbaucolonie nach dem System von Wilhelmshorst, für ein Hospital in Kreuznach u. s. w. zu verwenden; der Rest von circa 450 000 Mk. soll hinterlegt und nur die jährlichen Zinsen für wohlthätige Vereine und Stifte

verwendet werden. Jährlich 2—6000 Mk. sollen für allgemeine Zwecke, die im Voraus nicht spezieller bestimmt sind, reservirt bleiben.

Hierauf wird ein Antrag von 10 Mitgliedern eingebracht und von der Versammlung genehmigt, die drei ersten Punkte der heutigen Tagesordnung in geheimer Sitzung zu beraten. In derselben wurde 1) der Entwurf von Besetzungsgesetzesgrundrissen für Beamte des Provinzial-Verbandes beraten; 2) an Stelle des ausgeschiedenen Herrn v. Hof zum Landesrath Herr Eisenbahnbetriebsdirektor Wrede aus Halberstadt gewählt; 3) der Antrag des Provinzial-Ausschusses, betr. die bei Anwesenheit Sr. Majestät zu veranstaltenden Festlichkeiten angenommen. Derselbe lautet:

- Provinzial-Landtag wolle beschließen:
- 1) Seiner Majestät für die Tage Allerhöchster seiner Anwesenheit zu den diesjährigen Herbstmanövern durch den Vorsitzenden des Provinzial-Landtages, des Provinzial-Ausschusses und den Landes-Director zwei Abendsgesellschaften in geeigneter Weise anzubieten, zu welchen als Vertreter der Provinz außer dem Vorsitzenden des Landtages, dem Provinzial-Ausschuss, dem Landes-Director und dem Festcomité je die Hälfte der Landtags-Mitglieder zuzuziehen sind.
 - 2) Für diesen Zweck eine Summe von 65 000 Mk. zur Verfügung zu stellen, über deren Deckung dem Provinzial-Landtage bei dessen nächstem Zusammentritt Vorlage zu machen ist.
 - 3) Für die Vorbereitungen zu den Festlichkeiten, einschließlich der Feststellung der Einladungen, ein Comitè von sieben Mitgliedern einzusetzen mit der Befugniß der Cooptation.

Der 4. Punkt der Tagesordnung, „An- und Verkauf von Grundstücken etc.“ wird ohne Discussion angenommen. 5) Legt Herr Landesbaurath van der Beck einen Entwurf vor, wonach der Stadt Wittenberg die Verwaltung und Unterhaltung der in der Stadtkirch belegenen Ghauffseen in einer Gesamtfläche von 3441 Meter gegen eine jährliche Entschädigung von 1617 Mark zugewiesen werden soll. Bei einiger Verlegung der Ghauffseen soll die Stadt Wittenberg für jeden Quadratmeter, welcher von den Ghauffseen weg- und dem Stadtgebiete zufällt, 35 Pfennige entrichten. Die letztere Bestimmung wird jedoch auf Antrag des Herrn Bürgermeisters Schildt-Wittenberg abgelehnt und der so modificirte Entwurf angenommen. 6) Als stellvertretendes Mitglied der Commission zur Ausübung des Collaturrechts für die von v. Buchsische Stipendienstiftung wird Herr Generaldirector Liskemann gewählt. 7) Werden aus dem Regierungs-Bezirk Magdeburg und Merseburg je 12 Mitglieder und 6 Ersatzmänner, aus dem Regierungs-Bezirk Erfurt 9 Mitglieder und 6 Ersatzmänner der Bezirks-Commissionen für die classificirte Einkommensteuer nach den Vorschlägen des Ref. Abg. Gneiß gewählt. 8) Bericht Freiherr v. Marschall über die Wahl des Abg. Fiedler, gegen welche Einwendungen nicht erhoben werden. — Die Vorlagen sind damit erledigt. Nachdem die Versammlung dem Herrn Vorsitzenden, sowie dem Herrn Alterspräsidenten ihren Dank durch Erheben von den Plätzen ausgedrückt hat, spricht Herr Oberpräsident von Wolff die Hoffnung aus, mit Gottes Hilfe Sr. Maj. den Kaiser im kommenden Herbst in unserer Provinz bewillkommen zu können. Nach einem dreifachen Hoch auf Sr. Majestät wird die außerordentliche Session nachmittags 1 1/2 Uhr geschlossen.

Provinz und Umgegend.

† Am Freitag Morgen hat sich auf dem Neubau der Zuckerfabrik in Markranstädt ein Unglück dadurch ereignet, daß durch den auf noch unermittelte Weise erfolgten Zusammenbruch eines Gerüstes 7 Arbeiter mehr oder weniger schwer verletzt wurden; zwei derselben sind in das nächstgelegene Krankenhaus nach Leipzig geschafft worden.

† Die Raumburger Gewerbe- und Industrie-Ausstellung ist am Sonntag Abend geschlossen worden.

Anzeigen.

Ein guter zweispänniger Leiterwagen,
4", nebst zwei Geschirren steht wegen Aufgabe des
Fuhrwerks billig zu verkaufen bei
F. A. Vesag, Schächmeister, Clobigauer Str.

Eine Wohnung von zwei Stuben, Kammer und Küche
ist zu vermieten und kann 1. Juli bezogen werden
Preis 150 Mark.
ar. Eitzstraße 18.

Ein Logis, Stube (auf Verlangen auch zwei), Kammer
nebst Zubehör, für eine einzelne Dame passend, ist zu
vermieten und kann sogleich oder 1. October bezogen
werden
Delgrube 5.

Eine Wohnung mit Werkst. (Hof parterre) sofort
zu beziehen
Sämalestraße 10

Logis-Vermietung.

Ein freundliches Logis, 2 Stuben, 2 Kammer, Küche
und allem Zubehör, sowie ein kleineres Logis sind von
jetzt ab an ruhige Leute zu vermieten und 1. October
zu beziehen
Branhausstraße 5.

Eine Wohnung von 2 Stuben, 2 Kammer, Küche
und Zubehör ist jetzt zu vermieten und 1. October zu
beziehen
Landsstädter Straße 6 b.

Eine Parterre-Wohnung nebst Zubehör ist zu ver-
mieten und 1. October zu beziehen. Näheres zu er-
fahren Wälzerstr. 8, eine Treppe.

Ein Logis, bestehend aus 2 Stuben, 1 Kammer,
Küche mit Stallung, ist zu vermieten und 1. October
zu beziehen
Clobigauer Str. Nr. 1.

Ein Logis im Preise von 225 Mark ist zu ver-
mieten und 1. October zu beziehen
Eitzstr. Nr. 13.

Dielelbst steht ein nach gutes Lattenhor nebst
Pfortenthür billig zu verkaufen
F. A. Schmidt, Feilenhauersstr.

Ein Logis mit allem Zubehör ist zu vermieten und
1. October zu beziehen
kleine Eitzstr. 11.

An ruhige Leute ist eine Wohnung zu vermieten.
Zu erfragen Wälz 13, eine Treppe.

Ein herrschaftliches Logis mit verschlossenem Entrée,
4 Stuben, 2 Kammer, Küche ist im Ganzen oder ge-
theilt von jetzt ab zu vermieten und sofort zu beziehen
Unteraltenburg Nr. 42.

Kleine Sixtistrasse Nr. 19 ist ein Logis zu ver-
mieten.

Logis.

Das seit Jahren bewohnte Logis von der Frau
Wende ist zum 1. October zu beziehen.

Eine Wohnung ist von jetzt ab zu vermieten und 1.
October d. J. zu beziehen.
Delgrube Nr. 16.

Eine Wohnung mit Garten parterre, 2 Stuben,
Schlafstube, Kammer und Zubehör ist zu vermieten 1.
October zu beziehen
Halleische Straße Nr. 21 a.
Zu erfragen Lindenstrasse 3.

Per 1. October wird eine freundlich gelegene
Wohnung zu mieten gesucht, best. aus 2 Stuben,
Kammer, Küche und Zubehör. Offerten nebst Preisang.,
unter S. J. an die Exped. d. Bl.

Bekanntmachung.

Meine Wohnung und Geschäftslokal befinden sich in
der Wohnung meines Amtsvorgängers
Schlüter,

Breitestr. Nr. 16, 1 Treppe.
Merseburg, den 3. Juli 1883.

Tandnis, Gerichtsvollzieher.

Wohnungs-Veränderung.
Meine Wohnung befindet sich jetzt nicht mehr gr.
Eitzstraße 16, sondern
Seitenbeutel Nr. 5.

Frau Bedewitz,
Hebamme.

Bekanntmachung.

Einem hochgeehrten Publikum und werthen Kunden
mache bekannt, daß ich von jetzt ab pro Cir. außer
Sperrgut mit 30 Pf. berechne.
Achtungsvoll

Kloppe, Fracht- und Botenfuhrmann.

Leichte Preschfuhren.
Bestellungen auf solche nimmt entgegen Herr F. v.
Watto, Hofmarkt, und Herr Restaurateur Saller,
Rathelstr.

Täglich frischer Kalk
Breitstraße 13, vis à vis der früheren Post.
Albert Kayser.

Verein ehem. 12. Husaren
in Merseburg.

Mittwoch den 4. d. M., abends 8 Uhr, Monats-
versammlung im Ritzgarten.

Limbeeren
kaufen Thiele & Franke.

G. KOERNER,
Gotthardtsstr. Nr. 3, **Gotthardtsstr. Nr. 3.**

empfehlen zur Reise:
große Herrenkoffer, Damenkoffer, Handkoffer, Touristentaschen, Sandtaschen, Reparaturen schnell und billig.
Damentaschen, Geldtaschen, Flaidrieme, Trinkflaschen, Hosenträger u. d. m.

Jeder Landwirth, der sich vor Futter-Mangel schützen will, mache einen Anbauversuch mit
Englischen Futterrüben.
Diese Futterrüben, die ertragreichsten aller bisher bekannten, bedürfen nach der Ausfaat keinerlei Bearbeitung mehr. Sie haben ausgewachsen 1-3 Fuß im Umfang und sind 5-10, ja bis 15 Pfund schwer. Erste Ausfaat im April, zweite von Anfang Juni bis in die ersten Tage des August. Legere auf solche Felder, auf denen schon eine Vorfrucht abeerntet wurde. In 13-14 Wochen sind die Rüben ausgewachsen; die zuletzt angebauten werden, da sie ihre Dauerhaftigkeit und ihren Nährwerth bis zum hohen Herbstjahr behalten, zum Winterbedarf aufzubehalten. Ich führe nur eine, die größte Sorte. Das Pfund dieses von mir aus den ersten Güchtereien Englands bezogenen Samens nebst mit 4 Mark ab. Versendung nur gegen Nachnahme oder nach Einzahlung des Betrages. Von 5 Pfund ab franco Zufendung. — Postmarken aller Länder nehme in Zahlung. Kultur-Anweisung s. je dem Auftrag bei.
W. Berger, Samenhandlung, Köstchenbroda-Dresden.

Donnerstag den 5. d. steht ein Transport schöner hochtragender und frischmelkender
Kühe und Kalben,
sowie auch
Zuchtbullen
zum Verkauf.
Welssenfels. J. Petzold. (W. Nr. 139.)

Meine Wohnung ist nicht mehr Hüterstraße Nr. 3, sondern Saalstraße Nr. 6.
H. Heilmann,
Bohnkutscher in Merseburg.
Dasselbst sind Bretter, Balken und Dachpappe zu verkaufen.

Ein junges ordentliches Mädchen als Aufwartung für den ganzen Tag wird gesucht. Eintritt sogleich.
Gr. Ritterstraße 14, 2 Treppen hint.
Eine tüchtige Pfätterin
sucht Kunden außer dem Hause.
Wo saß die Exped. d. Bl.

Coburger Actien-Exportbier
in nur vorzüglicher Qualität empfehle ich in meinem Restaurant, auch Kellere ich dasselbe auf Bestellung den geehrten Herrschaften für 3 Mark 20 Pfälchen frei ins Haus, in Gebinden von 50 bis 100 Liter zu Brauerel-preisen.
Milch. Lupe.

Tüchtige Maschinenkloster sucht E. Krosch, Naumburger Straße.
Ein Schulmädchen zur Aufwartung sofort gesucht
Ankunft Gotthardtsstr. 15.
Ein kräftiges ordentliches Hausmädchen, welches gute Zeugnisse aufzuweisen hat, findet sogleich Stelle bei Frau Paul Oberius in Döllnitz.
Eine Aufwartung wird sofort gesucht
Dom Nr. 11 I recht.

Eis-Verkauf
zu jeder Tageszeit billigt bei
G. Schönberger, Gotthardtsstr.

Berzughalter sucht eine anhängige Person, die Plätten und häuslichen Arbeiten sehr erfahren, sofort eintreten will.
Näheres in der Exped. d. Bl.
Ein Paar neue Schuhe sind gefunden. Abzugeben
Wälzerstraße Nr. 4.

Mittwoch den 4. Juli 1883.
Die Regimentskocher.
Komische Oper in 3 Akten von Donizetti.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.

Ein Stod ist an einer Bude auf dem Rinderplatz stehen geblieben. Gegen Belohnung abzugeben in der Exped. d. Bl.
Verloren ein ll. goldenes Kreuzchen; gegen Dank und Belohnung abzugeben
Wälzerstraße 12 bei Sr. Kayser.

Männer-Turn-Verein.
Gute Mittwoch den 4. d. M., abends 8 Uhr, Singstunde. Zahlreiches Erscheinen sehr erwünscht.
Der Einswart.

Berloren
wurde am Sonntag Abend beim Thüringer Hof bis in die Nacht eine Uhr gezeigter L. G. Wehner 1882. Der eigliche Finder wird gebeten, dieselbe gegen Belohnung Unteraltenburg Nr. 61 abzugeben.

Funkenburg.
Mittwoch den 4. Juli 7. Abonnements-Concert Anfang abends 7 1/2 Uhr. Bei ungünstiger Witterung findet das Concert Donnerstag um dieselbe Zeit statt.
C. Schütz, Rönial, Musikdirigent.
Merseburger Sommertheater zur Funkenburg.
Donnerstag den 5. Juli 1883. Gröbenwahn. Schwank in 4 Akten von Julius Rojen.

Herrn Karl Pingslebe
in Göhlitzsch
zu seiner heutigen silbernen Hochzeit die herzlichsten Glückwünsche mit einem dreifachen Hoch auf das Jubelpaar, daß das ganze Dörfchen wackelt.

Merseburger Correspondent.

Erscheint:
Sonntag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag
und Sonnabend früh 7 1/2 Uhr.
Redaction: große Ritterstraße Nr. 28.

Wöchentliche Beilage:
Illustrirtes Sonntagsblatt.

Abonnementspreis:
pro Quartal: 1 Mark bei Abholung. — 1 Mark
20 Pfg. durch den Fernträger. — 1 Mark
25 Pfg. durch die Post.

N. 129.

Mittwoch den 4. Juli.

1883.

Für das laufende Quartal werden Abonnements auf den „Merseburger Correspondent“ zum Preise von 120 resp. 125 Pfg. von allen Postanstalten, Buchhändlern, sowie in der Expedition entgegen genommen.
Literare Kunden bei der großen Auflage des Blattes die zweckentsprechendste Verbreitung.

Die Ablehnung der Kanalvorlage

Das preussische Herrenhaus hat es zu Stande gebracht, das man wieder so viel von ihm spricht, wie seit langer Zeit. Es hat in letzter Zeit in so vielen Städten seine Gefügigkeit bezeugen müssen, daß neulich, als das hohe Haus wieder einmal Schwarz sagen mußte, wo es ein paar Wochen vorher Weiß gesagt, Graf Lippe meinte, welche habe an seinem Ansehen schon so viel eingebüßt, daß ihm zu verlieren nicht mehr viel übrig bleibt. Auf einmal scheint es sich dafür durch Opposition bei der Kanalvorlage entschädigen, hierbei die Macht zeigen zu wollen, die es in die Wagtschale der Entschließungen zu werfen im Stande ist.

Es wird nun wohl gemeint, die Regierung habe im Herrenhause eine Niederlage erlitten. Wir möchten es aber doch nicht so bestimmt hinworfeln, daß sie sich diese Niederlage sehr zu Herzen nehmen wird oder daß sie dem Herrenhause das Verbot vom 29. Juni besonders nachzutragen geneigt wäre. Wohl war die Vorlage aus dem Ministerium hervorgegangen, und wohl ist sie von Vertretern der Regierung verteidigt worden. Aber wenn diese auf dieselbe überaus großes, entscheidendes Gewicht legte, so hätten ihr außer den gewöhnlichen Mitteln noch stärkere zu Gebote gestanden. Wohl that Herr v. Boetticher, was er konnte; Herr v. Boetticher ist aber nicht der Mann, gerade das Herrenhaus umzustimmen.

Wenn Fürst Bismarck wegen seiner Krankheit eintritt, wie früher bei entscheidenden Verhandlungen geschehen und auch Herr Maybach seine Kur nicht unterbrechen konnte, so hätte eine von Herrn v. Bülow als Vizepräsidenten des Staatsministeriums in dessen Namen abgegebene Erklärung der Regierung mindestens so viele loyal stimmende Pairs gemüthlich als nötig waren, wenn sie ihr Nein in Ja umzuwandeln. Wenn ein anderer Vertreter der Regierung drohte, mit der Ablehnung dieser Vorlage würde die Regierung sämtliche Kanalprojecte fallen lassen, so ist keine Drohung, welche Herrn Stumm und seinen Freunden schrecklich klingt. Bei mehreren Gelegenheiten, welche der Regierung am Herzen liegen, pflegt sie zu erklären, sie werde mit der vorliegenden Vorlage immer wiederkehren, bis sie durchgesetzt. Man wird die Stellung der Regierung zu der Kanalfrage auch nicht allein aus den Erklärungen des Herrn v. Boetticher und des Ministerialdirectors Schulz beurtheilen dürfen, sondern den Verlauf der Angelegenheit einer Reihe von Jahren im Auge behalten müssen. Den Forderungen nach Ausbau eines zusammenhängenden Kanalnetzes wurden immer allgemein gebaltene Versprechungen entgegenzusetzen, und schließlich, als man sich daran nicht mehr genügen lassen wollte, kamen dann dem Ministerium ausgearbeitete „Denkschriften“ zu Hilfe. Als auch diese nicht mehr beizubringen, wurde der jetzt abgelehnte Gegenschwurf

vorgelegt, der von den in den „Denkschriften“ behandelten Projecten nur ein Stück herausgreift.
Minister v. Boetticher hielt es für nötig zu erklären, daß unter den Mitgliedern des Ministeriums in Bezug auf die Vorlage kein Zwiespalt herrsche. Daß sehr große Meinungsverschiedenheiten über die gesammte Kanalfrage geherrscht haben, ist sammt Details in politischen Kreisen zu bekant, als daß jene Erklärung hätte Eindruck machen können. Ein Anzeichen der entgegenstehenden Ansichten dürfte nur auf das eine Stück Dortmund- untere Ems erzielt sein, dessen Ausbau die Vorlage verlangte. Für dieses Stück interessirten sich nämlich aus politischen Gründen auch solche maßgebenden Persönlichkeiten, welche dem Ausbau eines großen Kanalsystems durchaus nicht freundlich gegenüberstehen. Diese Kanalstrecke hätte sich nämlich als Kampf- und Prestionsmittel geeignet, um auf die Entschließungen einerseits Hollands, andererseits Bremens einzuwirken. Der weitere Ausbau des Kanalnetzes nach Osten, nach Weser und Elbe zu, hätte nach wie vor unbefriedigbaren Widerstand innerhalb des Ministeriums gefunden, welche Route Herr Maybach dabei auch hätte vorschlagen mögen. Darum formten sich die Vertreter der Regierung im Landtag bezüglich des weiteren Ausbaus nur in ganz unbestimmten und unverbindlichen Versprechungen ergeben und mußten jede concrete Verpflichtung ablehnen. Sie fügten sich dabei auf den angeblichen Mangel technischer Vorarbeiten; aber sie werden dazu wohl noch andere Gründe gehabt haben.

Wenn Herr v. Boetticher die Vorlage als Th. xrite colorchecker CLASSIC

38	39	40	41	42	43
44	45	46	47	48	49
50	51	52	53	54	55
56	57	58	59	60	61
62	63	64	65	66	67
68	69	70	71	72	73
74	75	76	77	78	79
80	81	82	83	84	85
86	87	88	89	90	91
92	93	94	95	96	97
98	99	100	101	102	103

die Vorlage als ein Stück Dortmund- untere Ems erzielt sein, dessen Ausbau die Vorlage verlangte. Für dieses Stück interessirten sich nämlich aus politischen Gründen auch solche maßgebenden Persönlichkeiten, welche dem Ausbau eines großen Kanalsystems durchaus nicht freundlich gegenüberstehen. Diese Kanalstrecke hätte sich nämlich als Kampf- und Prestionsmittel geeignet, um auf die Entschließungen einerseits Hollands, andererseits Bremens einzuwirken. Der weitere Ausbau des Kanalnetzes nach Osten, nach Weser und Elbe zu, hätte nach wie vor unbefriedigbaren Widerstand innerhalb des Ministeriums gefunden, welche Route Herr Maybach dabei auch hätte vorschlagen mögen. Darum formten sich die Vertreter der Regierung im Landtag bezüglich des weiteren Ausbaus nur in ganz unbestimmten und unverbindlichen Versprechungen ergeben und mußten jede concrete Verpflichtung ablehnen. Sie fügten sich dabei auf den angeblichen Mangel technischer Vorarbeiten; aber sie werden dazu wohl noch andere Gründe gehabt haben.

wohl aber müßten sie zu den großen Bau- und Unterhaltungskosten ebenso beitragen, wie die Kohlengrubenbesitzer Rheinlands- Westfalens, welche den Hauptvortheil davon hätten. Also war das ablehnende Votum der altpreussischen Tories, wie das des Herrn Stumm (der ja schon seinen Kanal hat), so bedauerlich es auch sein mag, nur eine Consequenz des Grundgedankens der neuen Wirtschaftspolitik.

Politische Uebersicht

Die „Germania“ schreibt in ihrer neuesten Nummer über die Frage des Schulzwangs in dem Tone, welcher sich für die Partei ziemt, von der gegenwärtig die Regierung regiert wird. Sie belehrt die Welt, daß es falsch sei, Herrn Windthorst vorzuwerfen, er bekämpfe den staatlichen „Schulzwang“, wenn er das staatliche „Schulmonopol“ zu bekämpfen erkläre. Es wird wohl den meisten Menschen bekant sein, daß diese Worte unter Umständen verschiedene Dinge bedeuten können; wir — und viele Andere — so bemerkt die A. Ztg., gestatten uns aber die Annahme, daß Herr Windthorst und seine Freunde, wenn sie das „Schulmonopol“ bekämpfen, den „staatlichen Schulzwang“, wie er in Preußen besteht, meinen. Doch das nur nebenbei. Die „Germ.“ führt u. A. aus, es fehle gegenwärtig in den preussischen Schulen, „jede Bürgerschaft auch nur für die Correctheit des Vortrags der katholischen Glaubens- und Sittenlehre“ und schließt wie folgt: „Das dulden wir nicht länger, und da man unsere Proteste und Bitten nicht achtet, richten wir jetzt unseren Kampf direct gegen das unchristliche Schulmonopol des Staats, das durchaus nicht nötig, sondern vielmehr schädlich ist für den auch von uns gewollten Zweck, daß jedes Kind etwas Nützliches lernen soll.“ — „Das dulden wir nicht länger.“ So muß es denn kommen!

Wie die Wahlen der Landgemeinden in Böhmen, haben auch die am Sonnabend vollzogenen böhmischen Städtewahlen, so weit bis jetzt bekant, das Verhältnis zwischen den gegeneinander ringenden Nationalitäten nicht verschoben, nur in der Prager Josephstadt haben die Tschechen zwei Sitze erobert, so daß jetzt Prag nur noch von Tschechen vertreten ist. Nach der Josephstadt, welche namentlich auch die Judenstadt in sich schließt, hatten die Tschechen den Schwerpunkt ihrer Agitation gelegt, die deutschen Kandidaten v. Dr. Wiener und Dr. Telesco unterlagen mit 100 und 98 Stimmen gegen die tschechischen Kandidaten Dr. Jalub und Bräuer Reiter, welche 104 und 103 Stimmen erhielten. Von 211 Wahlberechtigten beteiligten sich 203 an der Wahl. Seit 1861, wo Bankier Kämel als tschechischer Kandidat gewählt wurde, ist dies der erste Fall, daß die Josephstadt tschechisch wählte. In den übrigen Prager Stadtbezirken brachten es die Deutschen zu erheblichen Minderheiten, die zeigen, daß dieselben an Thätigkeit diesmal es nicht haben fehlen lassen. Diese Niederlage der Deutschen wird hauptsächlich auf die massenhaften Wahlenthaltungen der tschechischerseits terrorisirten Beamten zurückgeführt. Die politischen Beamten wählten fast sämmtlich, die Justiz- und anderen